

11 Anträge (schriftlich)

11.1 Fahrrad- und E-Bike-Verleihsystem (GR Martin Brandstätter, ÖVP)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der Stadt Wien gibt es bereits seit vielen Jahren ein Fahrrad-Verleihsystem mit fixen Stationen. Durch mittlerweile 240 Verleihstationen und 3.000 Fahrräder, die verliehen werden, wird gewährleistet, dass zu einem Preis von 60 Cent pro halber Stunde eine Fortbewegung mit dem Rad in Wien möglich ist.¹ Als Stammkunde der Wiener Linien, bspw. mit einer Jahreskarte, können die Fahrräder bereits ab 30 Cent pro halber Stunde ausgeliehen werden. Der Verleih funktioniert über eine App und durch die fixen Standorte ist gewährleistet, dass die Fahrräder nur an den vorgesehenen Verleihstationen geparkt werden und im öffentlichen Raum keine Probleme darstellen. In Graz als zweitgrößter Stadt Österreichs sollte ein solches Verleihsystem auch etabliert werden. Dadurch könnte die sanfte Mobilität gefördert werden, indem der motorisierte Individualverkehr, aber auch der öffentliche Verkehr entlastet werden. Einen besonderen Anreiz könnten insbesondere auch E-Bike-Verleihsysteme mit festen Ladestationen darstellen, wie sich beispielsweise in der deutschen Stadt Siegen (ca. 100.000 Einwohner) zeigt, in der ein solches System erst unlängst umgesetzt wurde.² Die Voraussetzung ist in jedem Fall, dass ein solches System viele Standorte bereithält, damit eine flexible Fortbewegung möglich ist und ein solches System voll digitalisiert und einfach benutzbar ist. Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

Antrag:

¹ <https://wien.orf.at/stories/3180220/>

² <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/e-bike-verleih-siegen-100.html>

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird aufgefordert zu prüfen, ob ein solches Fahrrad- und E-Bike-Verleihsystem in Graz umsetzbar ist, welche Kosten damit verbunden wären und an welchen und wie vielen Standorten ein solches System aufgebaut werden müsste, damit es in seiner Dimension dem Wiener Modell im Verhältnis zur Grazer Bevölkerungszahl ähnlich ist und durch eine zumindest teilweise Zurverfügungstellung von E-Bikes sogar eine fortgeschrittenere Variante des Wiener Modells darstellen würde.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.2 Kinder und Jugendliche brauchen Sicherheit im öffentlichen Raum (GR Martin Brandstätter, ÖVP)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In den letzten Tagen und Wochen wurden wir vermehrt auf ein drängendes Problem im öffentlichen Raum aufmerksam gemacht. Immer mehr Jugendliche werden Opfer von Überfällen. Dabei werden ihnen im Regelfall die Wertgegenstände abgenommen, oft kommt es leider auch zu Gewaltakten gegenüber Leib und Leben. Das Problem ist nicht auf einzelne Bereiche beschränkt, sondern in der Zwischenzeit über das ganze Stadtgebiet verteilt. In jüngster Zeit gab es entsprechende Taten in den Bezirken St. Leonhard und Eggenberg sowie auch direkt am Jakominiplatz. Die Opfer haben nicht nur die physischen Verletzungen zu erleiden, sondern sind oftmals auch traumatisiert. Manchmal ist selbst ein Schulwechsel notwendig, da die betroffenen Kinder bzw. Jugendlichen den bisherigen Schulweg nicht mehr bestreiten wollen bzw. aufgrund der einschneidenden Erfahrungen dies schlicht nicht mehr über sich bringen. Leider sind auch die Täter oftmals im gleichen Alter wie die Opfer der Überfälle. Wir müssen leider feststellen, dass es zu einer Zunahme an Kindern bzw. Jugendlichen gekommen ist, die bereits im jungen Alter (teilweise handelt es sich sogar um

unmündige Minderjährige) zu Tätern werden. Inzwischen muss man von einem erhöhten Kriminalitätsaufkommen in diesen Personengruppen sprechen. Diese Unsicherheit für Kinder und Jugendliche kann nicht mehr hingenommen werden. Grazer Schülerinnen und Schüler dürfen keine Angst haben, in die Schule zu gehen, Freizeitaktivitäten zu besuchen oder in diversen Vereinen tätig zu sein. Die zuständige Bürgermeisterin Elke Kahr ist daher gefordert, so rasch wie möglich ein Konzept auszuarbeiten, das sicherstellt, dass der öffentliche Raum wieder für alle Kinder und Jugendlichen ohne Angst und Sorge, Opfer eines Überfalls zu werden, zur Verfügung steht.

Aus diesem Grund stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

1. Die zuständigen Stellen werden beauftragt, ein Maßnahmenpaket mit der Polizei zu organisieren, wo konkrete Schritte besprochen werden, um den öffentlichen Raum wieder sicher zu machen. Folgende Inhalte sollten auf jeden Fall geprüft werden:
 - a) Eine bessere Straßenbeleuchtung, auch an weniger frequentierten Orten.
 - b) Eine Aufstockung der Ordnungswache sowie deren stärkere Präsenz in allen
2. Grazer Bezirken
 - c) Eine Kampagne ähnlich der „Ist Luisa da?“-Kampagne für die Grazer Verkehrsbetriebe
 - d) Eine Videoüberwachung an Brennpunkten im Grazer Stadtgebiet.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.3 Sicherheitskonzept freilaufende Hunde
(GR Martin Brandstätter, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Immer wieder wurden wir in den vergangenen Monaten darauf aufmerksam gemacht, dass freilaufende Hunde ohne Maulkorb in der Nähe von Radwegen und Kinderspielplätzen sowie stark besuchten öffentlichen Flächen, wie etwa Parks, ein immer stärker werdendes Sicherheitsproblem darstellen. Insbesondere die Bereiche entlang der Mur, mehrere Kilometer südlich und nördlich der Augartenbucht, wurden als Brennpunkte benannt. Einige Personen fühlen sich dadurch stark bedroht, wenn Hundehalterinnen oder Hundehalter die vorgeschriebene Leinenpflicht oder Maulkorbpflicht ignorieren. Insbesondere Kinder und weniger mobile Menschen sind dadurch gefährdet. Ich stelle daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden dazu aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, welches sicherstellt, dass

- die Leinen- bzw. Maulkorbpflicht im Geltungsbereich besser kontrolliert wird, insbesondere eine zielgerichtete Kontrolle durch die Ordnungswache in den genannten Bereichen erfolgt.
- durch eine Aufklärungskampagne mehr Bewusstsein bei den Hundehalterinnen und Hundehaltern für die Einhaltung der Leinen- bzw. Maulkorbpflicht entsteht.
- etwaige weitere Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit überprüft werden, wie beispielsweise das Aufstellen zusätzlicher Informationstafeln.
- zusätzliche gekennzeichnete Hundewiesen eingerichtet werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.4 Von Rad- und Rollerverkehr freie Zonen in der Schmiedgasse und im Franziskanerviertel
(CO GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Sowohl die Schmiedgasse als auch das Franziskanerviertel erfreuen sich gerade in den wärmeren Monaten, in der Gastgartenzeit, enormer Beliebtheit bei den Grazerinnen und Grazern sowie bei Gästen unserer Stadt. Desgleichen auch bei den Radfahrenden, die beide Bereiche als ihr Revier betrachten und diese mit teils sehr hoher Geschwindigkeit durchqueren. Hinzu kommt das erweiterte, geänderte Nutzerverhalten der Verkehrsteilnehmenden: Scooter, Breitreifenroller und Lastenräder ergänzen die Landschaft bzw. lassen den vorhandenen Platz für Fußgängerinnen und Fußgänger zunehmend schwinden. Die Schmiedgasse war schon seit jeher eine Gasse, in welcher das Konfliktpotential zwischen zu Fußgehenden und Radfahrenden infolge Steigerung der Attraktivität der Verkehrsfläche auf beiden Seiten stetig zugenommen hat. Die neuen Mobilitätsformen, wie oben beschrieben, nähren den Konflikt weiter Wegen der Errichtung eines Gastgartens durch einen neueröffneten Gastronomiebetrieb wurde der Bereich in der Schmiedgasse, den sich die Verkehrsteilnehmenden teilen müssen, in letzter Zeit abermals eingeschränkt. Um die Sicherheit unserer Fußgängerinnen und Fußgänger zu gewährleisten und den Rad- und Rollerfahrenden trotzdem die Möglichkeit zu geben, sich im Stadtkern rasch fortzubewegen, wäre es sinnvoll, den derzeit durch die Schmiedgasse führenden Radweg in die Raubergasse umzuleiten und die Schmiedgasse zwischen der Landhausgasse und der Kaiserfeldgasse nur zu Fußgehenden zu öffnen. Im Franziskanerviertel wurde im Laufe der Zeit durch die Gastgärten der Bereich zwischen den Stühlen und Tischen so gering, dass ein Miteinander von zu Fußgehenden und Rad- und Rollerfahrenden schon aus Platzgründen kaum noch sicher möglich ist. Zum Nutzungskonflikt gilt das oben Gesagte auch hier. Eine sinnvolle Alternative, die Rad- und Rollerfahrenden vom Fußgänger:innenverkehr – ohne bauliche Maßnahmen – zu entkoppeln, gibt es auch hier: Sperre des Franziskanerviertels für den Radfahr- und Rollerverkehr und Umleitung über die (kleine) Neutorgasse und Albrechtgasse.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsreferentin, Frau Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner, wird ersucht, ein Konzept für die Entkoppelung des Radfahr- und Rollerverkehrs vom Fußgänger:innenverkehr in der Schmiedgasse sowie im Franziskanerviertel erarbeiten und umsetzen zu lassen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.5 Tempo 30 km/h in der Mariengasse im Bereich Marienkindergarten, Kindergarten Ghegagasse und Pflegeheim SeneCura (GRⁱⁿ Marion Kreiner, ÖVP)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der Mariengasse befindet sich das SeneCura Pflegeheim Graz-Lend (Mariengasse 31, 8020 Graz), die beiden Kindergärten Ghegagasse der Stadt Graz (Ghegagasse 14, 8020 Graz) und der Integrative Kindergarten "Marienkindergarten" der Caritas (Mariengasse 13, 8020 Graz). Die Mariengasse ist von der Keplerstraße bis zur Einmündung in die Babenbergerstraße eine Vorrangstraße, es gilt durchgängig Tempo 50. Gerade im Hinblick auf die beiden Kindergärten und auf das Pflegeheim, ist die Situation hier so nicht weiter tragbar. In jedem Schulbereich wäre schon längst Tempo 30 verordnet worden. Als ortsnahe Beispiel ist hier das Adcura-Seniorenheim in der Babenbergerstraße anzuführen. Hier gilt Tempo 30. Des Weiteren wurde sogar ein Blitzerautomat installiert. Dies bedingt zusätzlich, dass viele Autofahrer von der Babenbergerstraße in die Mariengasse ausweichen. Zudem nutzen auch viele Autofahrer die Mariengasse als „schnelle“ Alternative zum Bahnhofgürtel. Bis auf zwei

Hinweisschilder „Vorsicht Kindergarten“ im Bereich des Kindergarten Ghegagasse gibt es keinerlei Vorsichtsmaßnahmen oder Geschwindigkeitsbegrenzungen, die die Sicherheit der Kinder und SeniorInnen in der Mariengasse erhöhen würden. Der Bezirksrat Lend hat diesbezüglich bereits dreimal einen Antrag im Bezirksrat eingebracht und jedes Mal einstimmig beschlossen, welche jedoch bis heute leider unbeantwortet blieben.

Im Namen des ÖVP Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgende

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden ersucht, die Einführung einer Tempo-30-Zone in der Mariengasse, im Bereich zwischen Keplerstraße und Kleiststraße an Schultagen zwischen 07.00 Uhr und 19.00 Uhr zu prüfen und umzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.6 Übernahme der Begleitstraße an der westlichen Seite der Liegenschaften am Eggenberger Gürtel mit den Grundstücknummern 938/2, 940/2 und 949/12, alle KG 63105 Gries, ins öffentliche Gut
(GR DI Georg Topf, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Bei den Informationsveranstaltungen zur Auflage der Bebauungspläne 05.41.0 „Eggenberger Gürtel 94-98“ am 23.05.2022 und 05.44.0 „Eggenberger Gürtel – Kärntner Straße“ am 12.09.2022 konnte in Erfahrung gebracht werden, dass offensichtlich keine fachlich zweckmäßige und rechtlich verbindliche Einigung hinsichtlich Sicherung einer Zufahrtsmöglichkeit zum neu zu verbauenden Grundstück Nr. 948, KG 63105 Gries, zu erreichen sein wird. Die direkte Zufahrt zu diesem

Grundstück aus dem Bereich Kärntner Straße wird bei Realisierung der geplanten Verbauung nicht mehr gestattet werden.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, geeignete Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, damit die dargestellte unbefriedigende Zufahrtssituation zum Grundstück Nr. 948, KG 63105 Gries, durch Übernahme der vorbeschriebenen Begleitstraße ins öffentliche Gut entschärft wird und die Erreichbarkeit auf Dauer gewährleistet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.7 Verpflichtende Queer-Schulungen für die Ordnungswache
(GRⁱⁿ Anna Slama, Grüne)**

Schon zum zweiten Mal gab es einen homophoben Anschlag auf das Vereinslokal des LGBTQI*Vereines der RosaLila PantherInnen. Solche Hassverbrechen sind die massivste Ausdrucksform von Homophobie und Transfeindlichkeit. Hassmotivierte Straftaten zielen nicht nur auf die Menschen als Individuen, sondern zusätzlich auch darauf, ganze Bevölkerungsgruppen einzuschüchtern. Es ist auch heute noch oft gefährlich, im öffentlichen Raum als schwul, lesbisch, trans erkannt oder dafür gehalten zu werden. Wenn Menschen sich nicht sicher im öffentlichen Raum bewegen können, wenn sie bestimmte Orte aus Angst vor Gewalt meiden oder eher das Fahrrad als öffentliche Verkehrsmittel nehmen, um nicht Opfer von homo- und transphoben Vorfällen zu werden, dann ist das eine erhebliche Einschränkung von Freiheit. Eine Freiheit, die wir

als Menschenrechtsstadt garantieren müssen. Für den Schutz von LGBTQI*-Personen muss es grundsätzlich sichere Ansprechpartner:innen geben, die in Notsituationen angemessen reagieren können und im Umgang mit marginalisierten Gruppen geschult sind.

Denn leider trauen sich immer noch viele queere Personen nicht, Hassverbrechen anzuzeigen. Die Gründe dafür sind vielfältig, ein großer Punkt ist jedoch die Angst davor, nicht ernstgenommen oder mit einer problematischen Behandlung durch Beamt:innen konfrontiert zu werden. Hier fehlt es an Schulung der Beamt:innen im Umgang mit LGBTQI*-Personen, und genau da möchte ich ansetzen. Eine Sensibilisierung der Ordnungswache und der örtlichen Polizeibeamt:innen würden die Anzeigebereitschaft erhöhen bzw. die Betroffenen könnten besser über das polizeiliche Meldeverfahren informiert werden. Der LGBTQI*-Verein RosaLila PantherInnen organisiert seit Jahren erfolgreich Awareness-Workshops, bei denen Mitglieder der Community über den Alltag und die gesellschaftlichen Probleme, mit denen queere Personen konfrontiert werden, sprechen und Teilnehmende über die queere Community informiert werden. Vor allem Sicherheitsorgane, die täglich mit Menschen arbeiten und für deren Schutz sorgen sollen, ist Sensibilisierung für marginalisierte Gruppen enorm wichtig. Nur durch das gewonnene Vertrauen von betroffenen Personen kann es zu einer höheren Anzeigebereitschaft von Hassverbrechen kommen. Auch auf Seite der Beamt:innen würde es zu mehr Verständnis und einem gezielteren Blick für problematische oder gefährliche Situationen führen. Weiteres würden regelmäßige Awareness-Workshops einen grundlegenden Austausch zwischen Community und den Beamt:innen fördern. Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

- 1.) Bürgermeisterin Elke Kahr wird ersucht, in Zusammenarbeit mit dem LGBTQI*-Verein RosaLila PantherInnen ein Konzept für verpflichtende Awareness-Schulungen für die Grazer Ordnungswache erstellen zu lassen.

- 2.) Im Zuge dieser Konzeption sollen auch die Grazer Polizeistationen auf dieses Angebot hingewiesen und zu weiteren Schritten beraten werden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.8 Sportwetten sind Glücksspiel – auch die Stadt Graz trägt Verantwortung beim Spielerschutz
(GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)**

Anlässlich des baldigen Beginns der Fußball-WM in Katar wurden von der Fachstelle Glücksspielsucht besorgniserregende Zahlen präsentiert: Der Anteil der problematischen Sportwetter:innen hat sich in den letzten fünf Jahren vervierfacht. Nicht zuletzt die Covid-Krise und die damit verbundenen Lockdowns haben zu einer Verlagerung des Glücksspielverhaltens in den Bereich der (Online-)Sportwetten geführt. Hinzu kommt, dass Sportwetten in Österreich kaum reguliert sind, weil sie überhaupt nicht als Glücksspiel, sondern als Geschicklichkeitsspiel definiert sind. Eine Novelle des Glücksspielgesetzes wird seit geraumer Zeit auf Bundesebene verhandelt. Neben landesgesetzlichen Vorschlägen wie der Registrierung aller Wettteilnehmer:innen (mittels einer Wettkarte) kritisiert die Fachstelle auch die Werbung für Sportwetten. So wurden in Graz wiederholt großflächige Werbeanzeigen beispielsweise auf Bussen von dem großen Sportwettenanbieter Admiral geschaltet. Unter Fachleuten ist unbestritten, dass Sportwetten und Glücksspiel im Allgemeinen ein hohes Suchtpotential haben. Die zerstörerische Wirkung von Glücksspielsucht mit hoher Verschuldung und Pfändungen stürzt immer wieder ganze Familien in den Abgrund. Auch die Stadt Graz könnte einen Beitrag für einen besseren Spielschutz leisten, indem sie keine großflächigen Werbungen für Sportwetten auf ihren Werbeflächen (bzw. jenen ihrer Beteiligungen) mehr ermöglicht. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag:

Der für Beteiligungen zuständige Stadtrat Manfred Eber wird ersucht zu prüfen, inwieweit strengere Werberichtlinien für städtische Betriebe bzw. für die städtischen Beteiligungen umgesetzt werden können, die beispielsweise Werbung für Sportwetten als eine Tätigkeit mit hohem Suchtpotential verunmöglichen würden.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.9 Informationen zur städtischen Notversorgung („Bürgernotfallinformation“)
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Es ist vielen Bürgern nicht bekannt, was in einer Notsituation zu beachten ist und wohin und an wen sie sich in einer Notsituation wenden können. In den letzten Monaten wurden eine Reihe von Initiativen im Gemeindebau bezüglich Notversorgung in Extremfällen eingebracht. Hierzu gibt es zudem eine Reihe von Projekten und Ausarbeitungen. Um eine bessere Übersicht zu bieten, sollen alle Notanlaufstellen, Leuchttürme, Notversorgungstellen, usw., den Bürgern ersichtlich gemacht werden. Eine Möglichkeit hierzu wäre ein Folder, der an alle Grazer Haushalte ausgeschickt wird. Auch könnten vorhandene und viel genutzte Apps wie zum Beispiel „Schau auf Graz“ dafür verwendet werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine solche „Bürgernotfallinformation“ laut Motiventext umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.10 Maßnahmen zur Rückgewinnung von Parkflächen in der Augasse
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Augasse hat auf Grund verschiedener Baumaßnahmen Parkflächen verloren. Trotz der Parkplätze innerhalb der Siedlungen spitzt sich die Parksituation in der viel befahrenen Augasse zu. Die Auslöser für dieses Problem sind vielseitig. Einerseits haben immer mehr Haushalte mindestens zwei Fahrzeuge in Verwendung, andererseits ist die Augasse auch für Pendler interessant, da es hier keine gebührenpflichtige Parkzone gibt. Zudem parken auch mehrere LKW im nördlichen Bereich auf der Höhe des SSI Schäfer Konzerns. So werden weitere Parkplätze blockiert und es kommt zu Fahrbahnverengungen und gefährlichen Verkehrssituationen. Eine Lösung dafür könnte ein Parkverbot für LKW im beschriebenen Teilabschnitt der Augasse sein. Außerdem könnten Inseln ohne Baumpflanzungen mit wenig Aufwand rückgebaut werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die im Motiventext beschriebenen Lösungen – insbesondere der Rückbau der Inseln ohne Baumpflanzungen – umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.11 Parkplatzsituation Josef-Hyrtl-Gasse (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Parkplatzdruck im Bereich rund um den Zentral- und den Urnenfriedhof ist sehr hoch. Besonders betroffen ist die Josef-Hyrtl-Gasse. Hierbei ist die Zahl der nicht in Graz registrierten Fahrzeuge überdurchschnittlich hoch. Nicht selten blockieren diese Fahrzeuge die Parkflächen ganztags, was zu einer massiven Belastung der Anrainer führt. Es ist damit zu rechnen, dass die Parkplatzsituation rund um Allerheiligen und Allerseelen und zu anderen Feiertagen deutlich verschärft wird. Das Fassungsvermögen des P&R Zentralfriedhof ist während dieser Feiertage durchgehend erschöpft. Da der Parkplatzdruck nicht nur an diesen Feiertagen – dabei ganz besonders im Zeitraum von etwa zwei Wochen im Vorfeld, wenn die Gräber hergerichtet werden – sehr hoch ist, wird ein längerfristiges Konzept benötigt.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle prüfen, welche Maßnahmen konkret gesetzt werden können, um zu Allerheiligen und Allerseelen und zu sonstigen Feiertagen die Parkplatzsituation

in der Josef-Hyrtl-Gasse zu entlasten bzw. welche langfristigen Maßnahmen zur Entlastung geplant werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.12 Spielplatz/Freiflächen im südlich gelegenen Wohngebiet der Herrgottwiesgasse
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Bei der Informationsveranstaltung zum Bebauungsplan in der Herrgottwiesgasse 269ff wurden von der Bevölkerung einige Wünsche zur Entwicklung des umliegenden Wohngebietes geäußert. Einer dieser Wünsche betrifft eine Freifläche, die als Kinderspielplatz/Park und als Treffpunkt außerhalb der eigenen Grundstücksgrenzen für Jung und Alt genutzt werden soll. In diesem kleinteilig strukturierten Siedlungsgebiet ist es bekanntlich schwer, eine solche Fläche zu schaffen. Dennoch entstehen auf Grund der Bebauung immer mehr Mehrparteienhäuser, für deren Einwohner ein solcher Treffpunkt auch außerhalb der eigenen Siedlung wichtig sein wird. Eine Möglichkeit würde das Grundstück der Brau Union bieten, das östlich an die Herrgottwiesgasse grenzt (Ecke Wagramer Weg). Hier wäre natürlich mit dem Eigentümer eine Einigung zu erzielen. Eine weitere Möglichkeit bietet die Sportanlage in der Herrgottwiesgasse 260. Hier könnte unter Umständen ein Bereich öffentlich zugänglich gemacht und als Spielplatz genutzt werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die im Motiventext beschriebene Freifläche umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.13 Radarmessgerät Sternäckerweg
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Bei den Bewohnern des Sternäckerwegs wächst der Unmut über die aktuelle Situation rund um das fehlende Verkehrskonzept und der Parkordnung. Bewohner beklagen auch, dass die Geschwindigkeit in der 30-km/h-Zone oft nicht eingehalten wird. Dies führt immer wieder zu gefährlichen Situationen bei den Hausausfahrten sowie auch im Bereich des Kindergartens an der Hausnummer 48a. Eine Möglichkeit zur Verbesserung wäre ein stationäres Radarmessgerät. Dieses Messgerät wäre auch unabhängig von einem aktuell in Vorbereitung befindlichen Gesamtkonzept für den Sternäckerweg leicht zu realisieren und würde zu einer deutlichen Reduktion der Übertretungen und somit zu einer Erhöhung der Sicherheit für Kinder, Eltern und Bewohner führen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an betreffender Stelle ein stationäres Radarmessgerät installiert werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.14 Verkehrssituation Brockmanngasse
(GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Verkehrssituation in der Brockmanngasse wird für die Anrainer:innen zunehmend belastender: Dies vor allem deshalb, da immer mehr Verkehrsteilnehmer:innen diese Straße als Ausweichroute wählen, um dem hohen Verkehrsaufkommen auf den Hauptdurchzugsstraßen zu entgehen. Erschwerend kommt der Parksuchverkehr dazu, unter dem die Bewohner:innen zu leiden haben. Dringend gefordert wäre in dem Sinne daher eine umfassende Verkehrslösung in diesem Bereich, um dem enormen Verkehrsaufkommen wirkungsvoll begegnen zu können. Seitens der Anrainer:innen gibt es dazu auch bereits einige Vorschläge bzw. Überlegungen: Möglich wäre dies etwa durch ein Einbahnsystem, indem die Kopernikusgasse Richtung Mandellstraße als Einbahn geführt wird, was zudem Raum für Baumpflanzungen schaffen würde. Ab Brockmanngasse könnte dann korrespondierend wiederum die Münzgrabenstraße Richtung Kopernikusgasse ebenfalls als Einbahn geführt werden, und auch hier bestünde dann die Möglichkeit von Baumpflanzungen. Im Bereich der Schörgelgasse wäre weiters die Umkehr der Einbahn zwischen Brockmanngasse und Grazbachgasse möglich, sowie zwischen Kopernikusgasse und Grazbachgasse.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher nachfolgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemäß Motivenbericht Lösungen in Hinblick auf eine dringend erforderliche Verkehrsberuhigung für den Bereich Brockmanngasse auszuarbeiten und zur Umsetzung zu bringen, wobei in

diesem Zusammenhang auch die Vorschläge der Anrainer:innen mit in die Überlegungen einzubinden sind.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.15 Fitnessmeile Leechwald

(GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zwischen dem Restaurant Häuserl im Wald und der Mariatroster Kirche befindet sich bereits seit Jahrzehnten eine Strecke mit Holzhindernissen zum Sporteln und zum Ausüben gewisser Übungen mit dem Eigengewicht – alles für die Fitness. Seit etlichen Jahren rottet diese Fitnessstrecke im Leechwald leider vor sich hin. Über Jahre hinweg wurden die Holzgeräte nicht mehr gewartet und werden teils schon morsch. Das ist nicht nur sehr schade für Sportler:innen und Spaziergänger:innen. Dies stellt eine Gefahr für alle dar, die die Fitnessmeile trotzdem noch benutzen möchten, nachdem sie ungehindert zugänglich ist. Gerade für Kinder stellt dies ein nicht kalkulierbares Risiko dar.

Aus den dargestellten Gründen stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

Antrag,

Bürgermeisterin Elke Kahr möge den zuständigen Stellen den Auftrag geben, die Option zur Revitalisierung des Fitnesspfades zu prüfen. Alternativ soll geprüft werden,

wie bei negativer Bewertung ein sicherer Zustand der Anlage gewährleistet werden kann, damit diese Gefahrenquelle entschärft wird.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.16 Obst- und Naschgarten Rohrbachergasse
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grünraum für Grazer Bürger:innen ist ein kostbares Gut. Spielplätze für unsere Kleinsten und Liebsten ebenso. Deshalb sollten wir beides erhalten. Manchmal lassen sich die beiden auch kombinieren. Vielleicht ist dieses ja im Fall des Obst- und Naschgartens in der Rohrbachergasse so. Dort gibt es eine kleine Oase, die aber nur sehr eingeschränkt genutzt wird. Viele der Anrainer:innen würden sich sehr wünschen, mit ihren Kindern dort Erholung zu finden. Ohne Spielgeräte ist dies jedoch nur schwer möglich. Dabei würden sich dort viele neue Möglichkeiten für Kinder bieten. Im fußläufigen Umfeld findet man diese leider nur spärlich. Aus den dargestellten Gründen stelle ich namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

Antrag,

die zuständigen Stellen mögen beauftragt werden, die Möglichkeiten zu prüfen, den bestehenden Naschgarten mit zusätzlichen Spielgeräten auszustatten und die entsprechenden Schritte zu setzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.17 Aufarbeitung aller Förderungen der Stadt Graz mittels ABC-Analyse
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Landeshauptstadt verteilt jedes Jahr Millionen Euro an Förderungen und Subventionen. Mit dem überwiegenden Teil dieser Geldmittel werden vernünftige und dringend notwendige Vorhaben unterstützt, beispielsweise im Verkehrs- und Infrastrukturbereich. Es werden vonseiten der Stadtregierung jedoch auch zahlreiche Basis- und Projektförderungen vergeben, die kaum einen Mehrwert für die Stadt Graz darstellen, sondern lediglich der Einkommenssicherung eines kleinen ausgewählten Adressatenkreises dienen. Gerade in Anbetracht der derzeitigen finanziellen Situation der Landeshauptstadt und der erwartbaren, zunehmenden Zuspitzung durch einen Rückgang der Ertragsanteile ist rasches Handeln das Gebot der Stunde. Durch die Reduzierung bzw. Streichung der Subventionen, unter anderem in den Bereichen Gender, Diversität, Integration und Zuwanderung, durch Einschränkung der Parteienförderung, der Förderungen für Kunst und Kultur oder auch durch Reduzierung der Förderungen parteinaher Organisationen würde sich ein enormes Einsparungspotential pro Jahr ergeben. Es bedarf endlich einer umfassenden Durchforstung des „Förderdschungels“ auf Basis einer ABC-Analyse:

- A: Notwendige und sinnvolle Förderungen, deren Beibehaltung zwingend erforderlich ist;
- B: Förderungen, die nicht unbedingt notwendig sind und daher gekürzt bzw. temporär ausgesetzt werden können;
- C: Förderungen, die absolut sinnlos und sofort zu streichen sind.

Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist die Stadtregierung angehalten, aufgrund der ohnehin unsicheren Finanzlage und den erwartbaren Mindereinnahmen, eine konsequente Überprüfung der ausgeschütteten Förderungen vorzunehmen. Die Sorgfaltspflicht gegenüber den Bürgern im Umgang mit den verwendeten

Steuermitteln gebietet es, dass die ausgeschütteten Förderungen auf ein absolut notwendiges Maß reduziert werden, zumal die Finanzprognosen für die kommenden Jahre einer großen Schwankungsbreite unterliegen und generell keine allzu positiven Erwartungen gestellt werden können.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, sämtliche im Jahr 2023 geplanten Förderungen und Subventionen der Stadt Graz auf Basis einer ABC-Analyse auf Einsparungspotentiale zu prüfen und diese im Rahmen des Budgetvollzugs 2023 entsprechend zu berücksichtigen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11.18 Ausrufung eines Gedenkjahres anlässlich des 180. Geburts- sowie 105. Todestages des großen steirischen Heimatdichters Peter Rosegger (GR Günter Wagner, FPÖ)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Jahr 2023 jährt sich zum 180. Male der Geburts- sowie zum 105. Male der Todestag des großen steirischen Heimatdichters Peter Rosegger. Seine herausragenden Leistungen für die heimische Literatur sind unbestritten und aus dem kulturellen Erbe der Grünen Mark kaum wegzudenken. In die Landesgeschichte ging er vor allem als scharfsinniger Beobachter der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse seiner bis dahin wenig bekannten Heimat ein, die er einem breiten, städtischen Publikum näher zu bringen vermochte. Abseits dieses Feldes bewies sich Rosegger auch als akribischer Journalist, der sich in seiner in Graz gegründeten Monatsschrift „Heimgarten“ vielschichtigen Themen, die er oftmals mit Gesellschaftskritik verband, widmete. Darüber hinaus trug er mit seinen Beschreibungen des Alpenraums und im Speziellen der Steiermark auch wesentlich zur Entwicklung des heimischen Tourismus bei. Seinem sozialen Gewissen entsprechend engagierte er sich in zahlreichen Sozialprojekten, beispielsweise beim Bau der Waldschule in Alpl, beim Wiederaufbau der Kirche in St Kathrein am Hauenstein sowie in unterschiedlichen Spendensammlungen. In einer langen Reihe hoher nationaler und internationaler Auszeichnungen sind unter anderem die Ehrendoktorwürde der Universitäten Heidelberg, Wien und Graz sowie die dreifache Nominierung für den Nobelpreis für Literatur hervorzuheben. Mit der Landeshauptstadt verband den Heimatdichter zeit seines Lebens ein spezielles privates sowie dienstliches Verhältnis. So bezog Rosegger in der Grazer Wickenburggasse seine erste Wohnung und besuchte die Grazer Akademie für Handel und Industrie. Nach der Veröffentlichung seiner Erzählungen nahm an einigen Vorlesungen an der Karl-Franzens-Universität teil. Im Mai 1873 heiratete Rosegger schließlich in der Mariagrüner Kirche in Graz. Neben der Ehrendoktorwürde ehrte die Landeshauptstadt ihn überdies mit der Ehrenbürgerschaft sowie mit mehreren Denkmälern im Stadtpark, dem Augarten und dem eigens nach dem Heimatdichter benannten Roseggergarten. Während zum 100. Todestag des Heimatdichters noch steiermarkweit mit einer

Vielzahl an Programmpunkten dem großen Literaten gedacht wurde, scheint sein 180. Geburtstag gänzlich unterzugehen. Bedauerlicherweise haben weder die Steirische Landesregierung sowie der für die Kultur verantwortliche ÖVP-Landeshauptmann Christopher Drexler noch die Grazer Stadtregierung in irgendeiner Weise Absichten signalisiert, auch im Jubiläumsjahr 2023 entsprechende Akzente zu setzen. Gerade dies wäre jedoch von immenser Bedeutung. Das kulturelle Erbe der Steiermark lohnt sich, weitergegeben zu werden. In einer zunehmend globalisierten Welt ist die Selbstdefinition über die identitätsstiftende Heimat und über ihre herausragenden Persönlichkeiten eines der wesentlichsten Elemente für den Zusammenhalt und das Funktionieren unserer Gesellschaft. Es gilt daher, über das Schaffen und Wirken Peter Roseggers nicht nur dessen Lebenswerk, sondern auch die brennenden Themen seiner Zeit unter Bezugnahme auf aktuelle Problemstellungen in einem Jubiläumsjahr erneut in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz wird aufgefordert, anlässlich des 180. Geburts- sowie 105. Todestages von Peter Rosegger das Jahr 2023 zum Rosegger-Jubiläumsjahr zu erklären sowie in Abstimmung mit dem Land Steiermark die Unterlegung des Jubiläumsjahres mit zahlreichen Ausstellungen, Lesungen, Konzerten, (Sozial-)Projekten, Publikationen sowie einem entsprechenden Rahmenprogramm zu veranlassen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.19 Einführung eines Sicherheitsbeirates für die Landeshauptstadt
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die diesjährige Nacht auf Allerheiligen ließ der Bevölkerung in vielen Teilen Österreichs schlagartig bewusst werden, wie schnell ein ordentliches und friedliches Zusammenleben in Chaos und Gewalt umschlagen kann. Linz erlangte in diesem Rahmen als Hotspot der Ausschreitungen am Halloween-Abend traurige Berühmtheit. Wüste Szenen wie aus einem Kriegsgebiet spielten sich in der oberösterreichischen Landeshauptstadt an besagtem Abend ab. Rund 200 Jugendliche hatten von 21.00 Uhr an bis 3.00 Uhr früh gewütet, mit Böllern und Glasflaschen wurden Passanten und auch die einschreitenden 170 Polizisten, die mit einem Großaufgebot samt Cobra-Einsatzkommando im Einsatz waren, beworfen. Laut Polizei stammten rund 50 % von ihnen aus dem Ausland, vor allem aus Syrien und Afghanistan, dazu Iraker, Iraner, Tschetschenen und Türken sowie 20 % eingebürgerte Migranten und eine „Handvoll“ Österreicher. Auch am darauffolgenden Dienstagabend trafen sich nochmals 20 bis 30 Jugendliche, der Polizei gelang es jedoch, diese Zusammenkunft rasch aufzulösen. Graz blieb diesmal von größeren Ausschreitungen verschont, jedoch scheint es nur eine Frage der Zeit zu sein, bis auch die steirische Landeshauptstadt von derartigen Gewaltakten heimgesucht wird. Auf Landesebene hat man teilweise bereits auf die sich zuspitzende Problematik reagiert. So verfügen einzelne Bundesländer über Sicherheitsräte, auf lokaler Ebene wurde die Notwendigkeit bisher leider stets vom Tisch gewischt. In Deutschland geht man hierbei einen anderen Weg. So verfügt beispielsweise die Stadt Regensburg bereits über einen solchen Sicherheitsbeirat. In der Beschreibung seines Tätigkeitsfeldes heißt es wie folgt: „Aufgabe des Sicherheitsbeirates ist es, den Stadtrat und die Stadtverwaltung in kriminalpräventiven Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit zu beraten. Er soll insbesondere kriminalitätsbegünstigende Umstände im örtlichen Bereich erkennen und Möglichkeiten zu deren Beseitigung vorschlagen. Ferner soll der Sicherheitsbeirat Aktionen anregen, um die Stadtbewohner für Angelegenheiten der Kriminalprävention

zu sensibilisieren, deren Sicherheitsgefühl zu stärken und die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung bei der präventiven Verbrechensbekämpfung zu fördern.“

(Quelle: <https://www.regensburg.de/rathaus/stadtpolitik/buergerbeteiligung/staedtschebeiraete/sicherheitsbeirat>)

Um der leider um sich greifenden Entwicklung rechtzeitig Herr zu werden und bereits jetzt die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten sowie um Szenen wie in Linz von vornherein zu verhindern, braucht auch Graz einen derartigen Beirat, um die Sicherheit der Grazer weiterhin gewährleisten zu können. Neben den oben beschriebenen Tätigkeitsfeldern ist hinkünftig insbesondere auch ein Augenmerk auf Aktivitäten im Bereich der Sozialen Medien zu legen, wie die Tatvorbereitungen aus Linz eindrücklich bewiesen haben.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Einführung eines Sicherheitsbeirates, welcher die relevanten Stakeholder aus allen Teilbereichen der öffentlichen Sicherheit (insb. die Polizei, Gerichtsbarkeit, Gesundheitswesen, Rettungsverbände, Opferberatung, Sozialarbeit, Suchthilfe, Frauen-, Jugend- sowie Seniorenverbände etc.) sowie Vertreter aus dem Gemeinderat der Stadt Graz umfasst und fordert die Stadtregierung auf, einen dementsprechenden Sicherheitsbeirat zu etablieren und die regelmäßigen Vorlage eines Sicherheitsberichtes an den Gemeinderat der Stadt Graz sicherzustellen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**11.20 Temporäre Aussetzung aller Bestellungs- und Wiederbestellungsverfahren von Führungskräften im Haus Graz
(GR Mag. Philipp Pointner, Neos)**

Die Stadt Graz befindet sich in einer sehr schwierigen Budgetsituation, die eine Konsolidierung des städtischen Haushalts erforderlich macht. Vom zuständigen Finanzreferenten Manfred Eber sollen daher dem Gemeinderat bis Ende des 1. Quartals 2023 entsprechende Maßnahmen zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Auf Grundlage der zuletzt vom Stadtrechnungshof veröffentlichten Berichte über den Zustand des Hauses Graz ist davon auszugehen, dass sehr tiefgreifende Maßnahmen notwendig sind, die auch vor den städtischen Eigenbetrieben und Beteiligungsunternehmen nicht haltmachen werden. Laut Medienberichten hat es dazu bereits erste Gespräche zwischen Stadt und Holding Graz gegeben. Zudem wird aus dem Rathaus verlautbart, dass gegebenenfalls externe Expertinnen und Experten zur Erstellung eines Konsolidierungspfades beigezogen werden sollen. Unabhängig von der finanziellen Notlage, stehen im Haus Graz laufend Bestellungs- und Wiederbestellungsverfahren von Führungskräften an, die unter "normalen" Umständen auf Basis der erneuerten Objektivierungsrichtlinie(n) durchgeführt werden könnten. Doch gerade in Zeiten der Krisen ändern sich auch die Herausforderungen, mit denen vor allem Führungskräfte im Haus Graz konfrontiert werden, weshalb im Zuge der Konsolidierung des städtischen Haushaltes auch eine Aufgabenkritik aller Führungs- und Managementfunktionen auf der Agenda des zuständigen Personalreferenten Manfred Eber stehen müsste. Gerade die Stadtrechnungshofberichte über den Zustand des Hauses Graz zeigen deutlich, dass der bisher beschrittene finanzpolitische Weg in die Irre führt und eine dringende Richtungskorrektur notwendig ist. Das hat natürlich auch unmittelbare Auswirkungen auf die Bestellungs- und Wiederbestellungsverfahren von Führungskräften, denn schließlich sind sie es, die die von der Politik beschlossenen Maßnahmen umsetzen müssen. Dabei ist es unerheblich, welche Leistung sie bis jetzt erbracht haben. Wesentlich ist, ob sie die Fähigkeit (Qualifikation) und das Durchsetzungsvermögen besitzen, dem gesetzten Konsolidierungspfad Folge zu

leisten. Solange es nun den dringend notwendigen Konsolidierungspfad für den städtischen Haushalt nicht gibt, können auch die zukünftigen Aufgaben der Führungskräfte im Haus Graz nicht treffsicher vorhergesagt werden.

Daher stelle ich gemäß §17 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

Antrag:

- 1.) Der zuständige Personalstadtrat Manfred Eber möge im Sinne des Motivenberichts alle Führungs- und Managementfunktionen im Haus Graz einer Aufgabenkritik unterziehen und deren Ergebnisse bei zukünftigen Bestellungs- und Wiederbestellungsverfahren berücksichtigen.
- 2.) Der zuständige Personalstadtrat Manfred Eber möge im Sinne des Motivenberichts alle nicht zwingend notwendigen Bestellungs- und Wiederbestellungsverfahren von Führungskräften im Haus Graz so lange aussetzen, bis die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen für den städtischen Haushalt vom Gemeinderat beschlossen wurden.
- 3.) Der zuständige Personalstadtrat Manfred Eber möge im Sinne des Motivenberichts zukünftig darauf achten, dass in den Vorständen der städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen jeweils zumindest ein Mitglied vertreten ist, welches über herausragende betriebswirtschaftliche Kompetenzen und kaufmännische Qualifikationen verfügt.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 17. November 2022

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 21.05 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeisterin
Elke Kahr

Bürgermeisterin-Stellvertreterin
Mag.^a Judith Schwentner

Stadtrat
Mag. Robert Krotzer

Stadtrat
Kurt Hohensinner, MBA

Stadtrat
Manfred Eber

Schriftführer und Schriftprüferin:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Anna Hopper

wörtliches Protokoll erstellt von: Bettina Strametz